

Eidg. Abstimmung vom 27. September: Kündigungsinitiative «Nein – das Risiko ist viel zu gross!»

Mit der Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) kommt am 27. September eine wichtige Vorlage zur Abstimmung. Die Initiative verfolgt das Ziel, die Personenfreizügigkeit neu zu verhandeln beziehungsweise bei fehlendem Resultat zu kündigen. Für die Wirtschaft und zur Sicherung der Arbeitsplätze ist die Personenfreizügigkeit jedoch von zentraler Bedeutung. Der Kantonalvorstand sagt deutlich Nein zu dieser Initiative.

Mi. An der Sitzung des Kantonalvorstands, der die Parole zu den Abstimmungen fasst, kamen Gegner und Befürworter der Kündigungsinitiative zum Zug. Die Vorlage vertrat Jan Koch, Mitglied des Leitenden Ausschusses. Als Gegner trat erstmals im Kreise der Gewerbler der Präsident der Jungfreisinnigen Graubünden, Gian Donatsch, auf. Beide Kontrahenten wussten ihre Hauptargumente gekonnt zu platzieren.

Der Dichtestress ist unhaltbar

Für die Befürworter der Initiative ist klar, dass der heutige Zustand unhaltbar ist. Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 findet eine unkontrollierte und masslose Zuwanderung in die Schweiz statt. Pro Jahr wandern allein aus der EU rund 50 000 Personen in die Schweiz ein. Die Initianten wollen mit der Initiative das Problem der unbegrenzten Einwanderung endlich lösen. Die negativen Folgen dieser Entwicklung sind für sie täglich zu spüren. Die Konkurrenz um den Arbeitsplatz steigt, nimmt doch die Arbeitslosenquote seit 2007 immer mehr zu. Der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise teurer, die Landschaft verstädtert zusehends und die Infrastrukturen wie Strassen, Züge, Schulen usw. platzen aus allen Nähten. Die kulturellen Herausforderungen in Schulen und am Arbeitsmarkt sind für die Initianten vielerorts kaum zu bewältigen. Fast die Hälfte aller Sozialhilfebezügler sei Ausländer. «Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz», so



Ein Beispiel eidgenössischer Demokratie: Gian Donatsch (links) und Jan Koch kreuzen die Klängen, wenn es um die Begrenzungsinitiative geht. Der Spass am Austausch der Meinungen ist aber nicht zu verkennen.

Koch, die von Lohndumping, zunehmender Arbeitslosigkeit, Einwanderung von gering qualifizierten Arbeitskräften, Zubetonierung der Schweiz, sinkendem Bildungsniveau und höherer Kriminalität begleitet werde.

Schwerwiegende Nachteile für die Wirtschaft

Als Gegner wusste Gian Donatsch den grössten Teil der Gewerbler im Kantonalvorstand hinter sich. Er sei oft mit Jan Koch gleicher Meinung, aber hier werde doch gehörig schwarzgemalt. Die Schweiz sei ein wohlhabendes Land. Diesen Wohlstand würden wir aber nicht nur unseren Innovationen und unserem Fleiss, sondern auch unseren Beziehungen zum Rest der Welt verdanken. Gerade junge Leute schätzen dies sehr. Jeden zweiten Franken verdienen wir im Verkehr mit dem Ausland, insbesondere mit den Staaten der Europäischen

Union und dort vor allem mit Deutschland. Es liegt auf der Hand, dass die Schweiz als kleines Land mitten in Europa geregelte und gute Beziehungen zur EU haben muss. Die Coronakrise hat gezeigt, welche Folgen teilweise geschlossene Grenzen haben können. Grenzüberschreitende Reisen sind für verschiedene Branchen und Unternehmen überlebensnotwendig, um den Verkauf und die Abnahme von Produkten sicherzustellen. Unbestrittenermassen kommen wir durch diese bilateralen Verträge mit der EU in den Genuss vieler Vorteile. Dank ihnen ist die Wirtschaft in der ganzen Schweiz, aber auch in Graubünden in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Durch die Annahme der Kündigungsinitiative und die Auflösung des ganzen Vertragspakets ergeben sich für Unternehmen in der Schweiz schwerwiegende Nachteile beim Marktzugang zur EU. (Fortsetzung Seite 13)



Gerade KMU spielen in der Schweiz eine wichtige Rolle als grenzüberschreitende Zulieferer. Angesichts der heute schon knappen Margen hätte der Wegfall der bilateralen Verträge gravierende Folgen auf die Arbeitsplätze in der Schweiz, besonders bei exportorientierten KMU. Dank dem Freizügigkeitsabkommen sind Schweizer Unternehmen in der Lage, Fachkräfte, die im Inland nicht gefunden werden, in den EU/Efta-Staaten zu rekrutieren. So gehe es auch dem elterlichen Betrieb, meint Donatsch. Denn finde man im Puschlav keine Mitarbeiter für das Vermessungsbüro, müsse man diese im Veltlin rekrutieren. Die Personenfreizügigkeit ist für die Wirtschaft und für die Sicherung der Arbeitsplätze von zentraler Bedeutung. Sie ermöglicht den Unternehmen, flexibel und unbürokratisch auf einen Fachkräftepool in der EU zurückzugreifen. Benötigt man diese Mitarbeiter, rekrutiert man sie, benötigt man sie nicht, lässt man es sein. Was will man mehr: Der Markt regelt die Einwanderung ganz von selbst. Da brauche es keine Vorschriften. «Die Initiative löst jedenfalls kein einziges Problem, das die Befürworter ansprechen, aber es schafft ganz viele neue»

Das ganze Paket mit der EU wird zur Makulatur

Die Diskussion im Kantonalvorstand war vorwiegend der Frage gewidmet, was die

Der beeindruckende Neubau der Oblamatik AG Chur, war prädestinierter Austragungsort für die Parolenfassung zur Kündigungsinitiative. Der **CEO Roland Obrist** begeisterte die Mitglieder beim Rundgang durch eine der «100 innovativsten Unternehmungen der Schweiz».



direkten Folgen der Initiative sein würden. Für die Gegner ist klar: mit der EU hat die Schweiz ein ganzes Paket bilateraler Verträge – insgesamt sind es sieben – abgeschlossen, darunter das Personenfreizügigkeitsabkommen. Da aber das Personenfreizügigkeitsabkommen mit den anderen sechs Verträgen der Bilateralen I (technische Handelshemmnisse, Landwirtschafts-

abkommen, Landverkehrsabkommen, Luftverkehrsabkommen, öffentliches Beschaffungswesen und Forschungsabkommen) verknüpft ist, würde eine Annahme der Kündigungsinitiative zur Auflösung des ganzen Vertragspakets führen. Dieses Risiko darf die Schweiz nicht eingehen, weshalb der Kantonalvorstand mit deutlichem Mehr die Nein-Parole beschloss.

Die Jungfreisinnigen geben Gas

Der BGV hatte den höchsten Jungfreisinnigen im Kanton, **Gian Donatsch**, auch eingeladen, um die **Renteninitiative** seiner Partei vorzustellen. Die finanziellen Probleme der Altersvorsorge sind bekannt und kaum bestritten: Trotz des Zustupfs aus der AHV-Steuervorlage decken die Einnahmen die Ausgaben in einigen Jahren nicht mehr. In der beruflichen Vorsorge werden die Einlagen der aktiven Generation zur Zahlung von Renten verwendet. Die steigende Lebenserwartung ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund für diese Entwicklung. Um das Problem zu lösen, schlagen die Jungfreisinnigen ein höheres Rentenalter vor. «Wenn wir länger leben, müssen wir auch länger arbeiten. Sonst geht es mit den Finanzen nicht auf», heisst ihre einfache Devise. Die Initiative verlangt in einem ersten Schritt, das Frauenrentenalter auf

65 Jahre anzuheben. Dann soll das Rentenalter von Frauen und Männern auf 66 Jahre steigen. Dies dürfte 2032 erreicht sein. Danach wird das Rentenalter an die Lebenserwartung gekoppelt.

Auch wenn die Initiative noch den einen oder anderen Holperstein aufweist, rennt sie beim BGV offene Türen ein, wie die Diskussion im Anschluss an die Präsentation zeigte.

